

Rosemarie Hein

Bildungspolitische Konsequenzen aus der Corona-Krise

Die Corona-Krise hat in der gesellschaftlichen Debatte zu erstaunlichen Einsichten geführt. Plötzlich sind Leistungen zu sichern, die vorher nur DIE LINKE eingefordert hat. Das gilt auch für die Bildung:

- Die Akzeptanz frühkindlicher Bildung und Betreuung – ganz unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern,
- die Professionalität der Arbeit in Kitas, Schulen und Horten, die nicht einfach mal so von den Eltern übernommen werden kann,
- das Arbeiten in kleinen Lerngruppen/Klassen,
- die Ausstattung aller Lernenden und Lehrenden mit geeigneten digitalen Endgeräten,
- die Notwendigkeit guter Lernbedingungen auch zu Hause,
- die Notwendigkeit didaktischer Aufbereitung digitaler Lernangebote und die Entwicklung geeigneter Lern- und Lehrmethoden,
- der gute bauliche Zustand der Schulen, insbesondere der sanitären Ausstattung,
- die Notwendigkeit gründlicher Schulreinigung entsprechend der Hygienestandards.

Es gibt aber auch das Festhalten an bürokratischen Zöpfen, wie der Streit um die Durchführung der Prüfungen zeigt.

Gute Bildung für alle ist uns wichtig.

Die besondere Bedeutung von Bildung für jeden einzelnen Menschen und die die Gesellschaft insgesamt ist im Bewusstsein eines großen Teils der Bevölkerung längst fest verankert. Der gleiche und gleichberechtigte Zugang zu umfassender und hoher Bildung ist zu einer der wichtigsten sozialen Menschheitsfragen des 21. Jahrhunderts geworden. Dabei gehen wir von einem weiten Verständnis von Bildung aus.

Das schließt ein emanzipatorisches Bildungsverständnis ein, nach dem jedem Menschen der Zugang zu Bildung chancengleich ermöglicht werden muss. Das ist eine grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe, für ein erfülltes Leben, für individuelles Wohlergehen und soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Darum ist unser Bildungsverständnis eines, das von hohen qualitativen Ansprüchen ebenso geprägt ist wie von einem demokratischen Grundverständnis. Es ist eines, das niemanden ausgrenzt, sondern alle von vornherein einschließt, eines, das sich um individuelle Förderung und den aktiven Ausgleich von Benachteiligungen und Beeinträchtigungen bemüht. Damit unweigerlich verbunden ist das Konzept der Inklusion.

Wir fordern darum, aus der Krise zu lernen und die Erfahrungen für bessere Bildung zu nutzen.

1. Bildungsarbeit braucht Professionalität

Es müssen deutlich mehr Erzieher*innen und andere pädagogische Fachkräfte ausgebildet werden. Die Ausbildung der Erzieher*innen muss aufgewertet werden und soll künftig auch über ein Hochschulstudium erfolgen.

Auch die Ausbildung von Lehrer*innen muss verstärkt werden. Die Zahl der Studienplätze muss schnellstens dem steigenden Bedarf angepasst werden. Dazu sollen über den Hochschulpakt zusätzliche Lehramtsstudienplätze finanziert werden. Das wissenschaftliche Studium muss von Anfang an auf den Lehrer*innenberuf ausgerichtet sein und einen fachwissenschaftlichen Teil ebenso enthalten wie Erziehungswissenschaften und pädagogische Praktika zum Sammeln von Unterrichtserfahrung. Das alles kann nicht erst in

einer zweiten Phase der Lehrer*innenausbildung erfolgen, sondern muss von Anfang an miteinander verknüpft sein. Dazu gehört auch die Arbeit mit digitalen Medien, die Fähigkeit zu inklusiver Bildung und das Arbeiten in heterogenen Lerngruppen.

Im Sinne multiprofessioneller Teamarbeit in den Bildungseinrichtungen jeder Altersstufe sollen auch Sozialarbeiter*innen stärker ausgebildet und für die besondere Arbeit in den Schulen vorbereitet werden. Wir wollen, dass Schulsozialarbeit als Regelaufgabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) verankert wird und der Bund sich an der Finanzierung verlässlich beteiligt.

2. Pädagogische Berufe aufwerten!

Der Stellenwert pädagogischer Berufe ist in den vergangenen Wochen deutlicher denn je geworden, und auch die Achtung vor ihren Leistungen ist gewachsen. Mit der Praxis des Homeschooling unter der Aufsicht von Eltern und der Kinderbetreuung neben der Arbeit im Homeoffice ist allerdings auch die Gefahr verbunden, dass die aus der Not geborenen Lern-, Arbeits- und Betreuungsformen zum akzeptierten Normalfall werden könnten, wenn zum Beispiel Kitaplätze nicht reichen und Lehrkräfte fehlen und so nur noch der Mangel verwaltet wird. Dem müssen wir entschieden entgegenwirken. Oft wird pädagogische Arbeit nicht gut bezahlt und die Arbeitsbedingungen sind schlecht (Teilzeit, Befristungen). Es ist an der Zeit, insbesondere Erziehungsberufe mehr auszubilden, besser zu bezahlen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

3. Das Recht auf ganztägige Betreuung stärken

Kinder brauchen nicht nur Eltern und Großeltern für ihr soziales Umfeld, in dem sie aufwachsen. Kinder brauchen auch andere Kinder. Die finden sie vor allem in den Spiel- und Lerngruppen in der Kita. Welchen Wert dieses Zusammensein hat, ist jetzt deutlich geworden. Und: Alle Kinder brauchen diese Gemeinsamkeit mit anderen Kindern. Darum müssen Kita-Plätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen, ganztags vorgehalten werden. Das Recht auf Ganztagsbetreuung muss verlässlich und dauerhaft finanziert werden. Dazu braucht es Qualitätsstandards: qualifiziertes und ausreichendes Personal ebenso wie anregende Lernräume.

4. Ganztags auch im Schulalter – Bildung endet nicht an der Schultür!

Wie wichtig für Kinder im Grundschulalter die ganztägige Betreuung ist, wird gerade jetzt deutlich, wo die Schulen schrittweise wieder geöffnet werden. Denn was ist mit den Lerngruppen, die zeitgleich nicht im Unterricht sein können. Für sie bedarf es mindestens in den Grundschulen eines Betreuungsangebotes. Das könnte der Hort leisten. Aber Hortbetreuung wird nicht überall ausreichend angeboten und wo es sie gibt, wird sie anders behandelt als die Kinderbetreuung. Ungeachtet dieser aktuellen Erfordernisse setzt sich DIE LINKE grundsätzlich für ganztägige Bildung ein, auch in den weiterführenden Schulen. Rhythmisertes Lernen mit Phasen der Konzentration und der Entspannung ist weniger stressig und darum erfolgreicher. Dem dient auch die Öffnung von Schule für verschiedene gemeinnützige gesellschaftliche Vereine und Verbände vor Ort und die Nutzung unterschiedliche Lernorte.

5. Lernen in kleinen Lerngruppen für ein besseres Lernklima und mehr individuelle Förderung

Lernen ist auch Stress. Dieser verstärkt sich, wenn zu große Klassen in zu engen Räumen arbeiten müssen. Nicht nur um Abstand zu halten, sondern um sich besser auf den Lernstoff konzentrieren zu können, ist das Lernen in kleinen, heterogenen Gruppen hilfreich. Mit und

voneinander zu lernen ist aber leichter, wenn Lerngruppen leistungsgemischt zusammengesetzt sind und die Stärken aller den Lernprozess befördern können. Miteinander zu arbeiten, voneinander zu lernen erleichtert auch Lehrenden die Arbeit und hilft nicht zuletzt denen, die schlechtere individuelle Lernvoraussetzungen haben. Niemand soll ausgegrenzt werden. Davon profitieren alle Lernenden, gleich welche individuellen Voraussetzungen sie haben. Darum wehren wir uns auch künftig dagegen, Lernende nach ihrer vermeintlichen Leistungsfähigkeit zu sortieren.

6. Die soziale Herkunft darf nicht ausschlaggebend sein für die Ergebnisse des Lernens.

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass Lernende mit engen häuslichen Wohnbedingungen und geringem Familieneinkommen schlechtere Chancen haben zu lernen. Für Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter muss ein eigenes Zimmer zum Lernen und auch als Rückzugsraum zur Verfügung stehen. Das ist bei der Bemessung der förderungsfähigen Wohnraumgröße für Bedarfsgemeinschaften zu berücksichtigen. Schulbedarfspakete müssen aufgestockt und an die realen Kosten angepasst werden. Das gilt auch für die Kosten der Verpflegung, wenn und solange kein kostenloses Schulessen gewährleistet werden kann.

7. Lernmittel sind kostenfrei zur Verfügung zu stellen

In den Wochen der Schulschließungen wurde klar: Wer keinen Zugang zu einem leistungsfähigen Internet und kein digitales Endgerät besaß oder nur ein Smartphone, der war im Lernen stark eingeschränkt. So ist nun klar: Ein einsatzfähiges digitales Endgerät – Tablet, Laptop oder Computer – muss Lernenden für die individuelle Arbeit auch zu Hause zur Verfügung stehen. Darum müssen die Kosten ebenso getragen werden wie die für Schulbücher. Sie gehören ohne Wenn und Aber zum Schulbedarfspaket. Ebenso gehören die Kosten des Internetanschlusses (Gebühren) zu den erstattungsfähigen Leistungen.

8. Schulen für Lernen im digitalen Zeitalter fit machen

Es ist Zeit mit den Sonntagsreden aufzuhören. Jede Schule muss in kürzester Zeit so ausgestattet werden, dass Lernen mit digitalen Endgeräten möglich ist. Dazu gehört die technische Ausstattung der Schulen – einschließlich des nötigen Supports – ebenso wie die didaktische Aufbereitung der Unterrichtsinhalte und die Weiterbildung von Lehrkräften. Auch alle Lehrkräfte müssen mit digitalen Endgeräten ausgestattet sein, um ihre Schüler*innen unterstützen zu können. Klar geworden ist aber auch, dass Arbeiten mit digitalen Medien den Präsenzunterricht nicht überflüssig wird. Auch hier darf nicht die Not zur Regel werden. Arbeiten mit digitalen Medien kann die anderen, analogen Arbeitsformen zwar gut ergänzen, aber nicht ersetzen.

9. Aus der Krise lernen – neue Arbeitsformen entwickeln

Lehrende und Lernende haben sich in den langen Wochen der Pandemie aufgemacht, neue Wege zu erkunden. Das geschah oft ideenreich und forderte Lehrende wie Lernende zu mehr eigenständiger Arbeit heraus. Das kann man weiterentwickeln und auch im regulären Unterricht einsetzen. Präsenzunterricht und selbstständiges Erarbeiten von Unterrichtsinhalten können die alte Teilung von Unterricht und Hausaufgaben ablösen. Auch neue Formen der Kontrolle des Gelernten gehören dazu. Nicht der Test, sondern vielleicht die Präsentation allein oder gemeinsam mit anderen erarbeiteter Inhalte könnten den Lernfortschritt besser dokumentieren als die Momentaufnahme von Tests und Klausuren unter Stress. Gemeinsam Erarbeitetes ist möglicherweise auch nachhaltiger und wird nicht so schnell vergessen wie die Matheaufgabe im Test. Gleichzeitig fördert es das

Selbstbewusstsein und das Selbstwertgefühl Lernender. Am Ende steht vielleicht ein besseres System der Organisation von Lernprozessen als es der herkömmliche Unterricht gewährleistet. Mehr Vielfalt ist möglich auf einem gleich hohen Anspruchsniveau.

10. Anders prüfen, Lernleistungen anders messen

Die Abschlussprüfung erscheint vielen heute noch als die Krone des Wissensnachweises. Aber ist sie das auch? Der Streit um die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Abitur- und Abschlussprüfungen muss nachdenklich machen, ob dieser Weg der Leistungsmessung noch richtig ist. Begründet wird er mit der Vergleichbarkeit der Lernleistungen. Doch die sind auf diese Weise gar nicht vergleichbar. Nicht alle Lernenden hatten die gleichen Voraussetzungen, sich auf die Prüfung vorzubereiten. Über die generell unterschiedlichen Lernbedingungen täuscht sich schon lange niemand mehr hinweg. Doch auch die Momentaufnahme mehr oder weniger zentraler Prüfungsaufgaben sagt nichts über das Wissen und die Fähigkeiten der Lernenden aus. Bulimie-Lernen und Lernen für die Prüfung stellen eigentlich schon seit Jahren das ganze Prüfungssystem infrage. Vielmehr sollten Diskussionen um neue Kriterien für die Einschätzung von Lernergebnissen diskutiert und angewendet werden, die auch kollektive und kollaborative Lernformen in die Bewertung der Lernergebnisse einfließen lassen.

11. Mobilität gewährleisten

Gerade in den ländlichen Räumen mit einem zunehmend ausgedünnten Schulnetz ist es wichtig, dass die Beförderung der Lernenden zu unterschiedlichen Lernorten auch zu den notwendigen Zeiten gewährleistet wird. Damit wäre auch die Teilnahme an außerschulischen Freizeit- und Bildungsangeboten abgesichert. Die bisherige Praxis, nur vor Schulbeginn und nach Schulschluss Fahrmöglichkeiten durch den ÖPNV bereit zu stellen, wurde den Erfordernissen schon vor Corona nicht gerecht und muss dringend überwunden werden. Lernen an unterschiedlichen Lernorten ist sonst nicht möglich.

12. Föderalismus – Fluch oder Segen?

Die Bundesländer waren unterschiedlich stark von Corona-Infektionen betroffen. Dennoch galten für alle die gleichen Regeln. Doch die Bundesländer haben sie mehr oder weniger angepasst an ihre jeweilige Situation. Dafür gab es Lob oder auch Kritik. Das galt und gilt auch für die Abschlussprüfungen. Wie geht das künftig zusammen – gleiche Bildungschancen, Wunsch nach Vergleichbarkeit und Akzeptanz von Unterschieden? Geht es um identische Bildungsinhalte oder geht es vielmehr um die gleichen Möglichkeiten für eine gute Bildung? Lernen ist ein sehr individueller Prozess. Nicht nur die individuellen Voraussetzungen, sondern auch Interessen und Neigungen unterscheiden sich. Regionale Besonderheiten gibt es etwa im Saarland oder aber in Bayern oder Schleswig-Holstein, im Thüringer Wald, im Spreewald oder auf den Inseln von Nord- und Ostsee. Schulen in sozialen Brennpunkten brauchen andere Unterstützungssysteme als die in Nobelvierteln um sozialer Segregation entgegenzuwirken. Diese Besonderheiten zu respektieren und produktiv zu machen kann der Bildungsqualität insgesamt nutzen. Vielfalt ist ein Wert, der zu nutzen ist. Aber dann dürfen diese Unterschiedlichkeiten nicht zum Wettbewerbsmaßstab werden, sondern es bedarf der gegenseitigen Anerkennung und Akzeptanz verschiedener Inhalte und Wege zu einem gleichen hohen Bildungsziel. Der Wettbewerbsföderalismus muss weg.